

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 11 / 2014

www.spd-nuernberg.de

Aktuelles Thema

Flüchtlingsproblematik

Herkunft, Gründe, Unterbringung,
Versagen der Staatsregierung

Seiten 1 bis 6



Nürnberg

Ehrenbürgerwürde für Renate Schmidt

Seite 10

inkl.
4-seitiger Beilage
DEPESCHE
der Stadtrats-
fraktion

Vorwort



Liebe Leserinnen
und Leser,

ein Thema ist zurzeit in aller Munde: Immer mehr Menschen suchen Asyl in unserem Land. Täglich kommen weitere hunderte hilfesuchende Menschen in die Erstaufnahmestellen. Erwachsene genauso wie Kinder, Männer genauso wie Frauen.

Die Hilfesuchenden brauchen ohne Frage unsere Unterstützung, sie verlassen nicht ohne Grund ihre Heimat. Krieg und Verfolgung, Angst um das eigene Leben sind leider an der Tagesordnung. Ist der aktuelle Zustand schon schlimm genug, kommen nun auch noch Nachrichten dazu, die einen fassungslos machen: Man hört von Misshandlungen oder von purer Schikane von Flüchtlingen durch das Wachpersonal in Flüchtlingseinrichtungen. Dies darf es nicht geben. Wer Menschen in Not zusätzlich bedroht und schikaniert, muss hart bestraft werden.

Das Thema Asyl hat uns so bewegt, dass wir uns in dieser Ausgabe des Themas besonders angenommen haben und wir wollen auch Betroffene zu Wort kommen lassen. Besonders jetzt in den Wintermonaten ist mehr Hilfe denn je gefordert. Lasst uns gemeinsam für eine solche vorurteilsfreie Hilfe arbeiten.

Herzliche Grüße
Euer

Christian Vogel

+++ Thema: Flüchtlinge in Bayern +++ Thema: Flüchtlinge in Bayern +++

Humanitär geht anders...



Bildquelle: Nürnberger Nachrichten / Foto: Horst Linke

ALLE ARTIKEL ZUM THEMA ASYL VON
KATHARINA WAGNER

■ Krieg, politische Verfolgung, Armut, Perspektivlosigkeit und Angst sind die Hauptgründe dafür, warum Menschen aus ihrem Heimatland fliehen. Sie sind voll mit der Hoffnung irgendwo auf dieser Welt ein Fleckchen Erde zu finden, an dem sie einfach Willkommen sind. Doch im Moment sieht es so aus, als ob man ihnen auch noch diese letzte Hoffnung nimmt.

Überall werden sie emotionslos an die nächste Behörde geschickt, in den

Zug gesetzt um ein Land weiter abgeschoben zu werden, oder müssen zu unmenschlichen Bedingungen in Zelten hausen, weil sich die Regierungen nicht aufrappeln können mehr Geld in die Asylpolitik zu investieren.

Es müssen noch einige Fragen geklärt werden, um zu verstehen, warum dieses Thema ein so brisantes ist. Zum einen: wer sind diese Menschen? Woher kommen sie? Warum fliehen sie? Und zum anderen: Warum sind in der Asylpolitik einige Dinge schief gelaufen und was kann man in Zukunft tun damit es besser läuft? ■

Einige Zahlen, Daten und Fakten

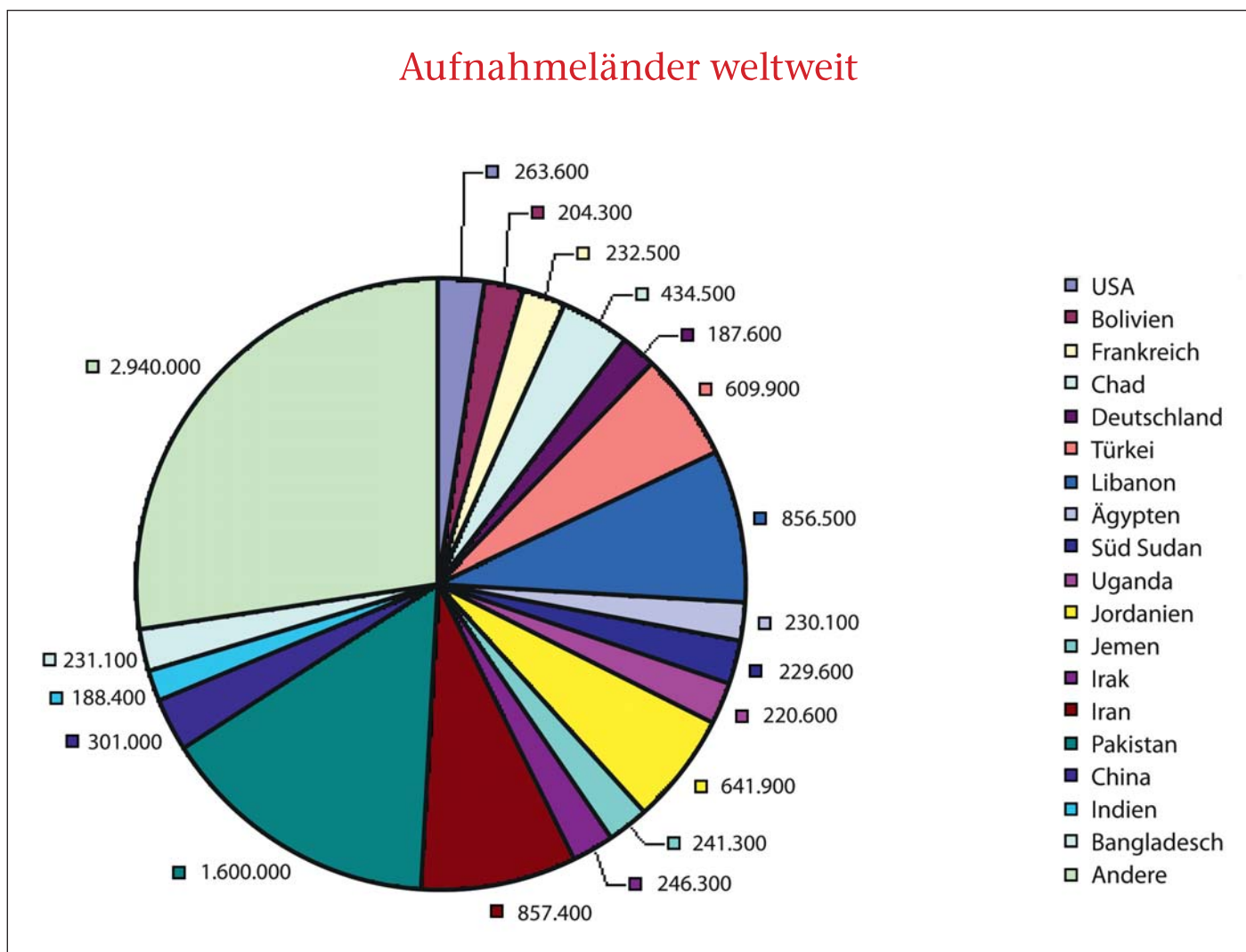
Vom Heimatland über Europa bis nach Nürnberg

■ Rund 51,2 Millionen Menschen weltweit wurden bis Ende 2013 dazu gezwungen ihre Heimat zu verlassen.

Im Vergleich zu anderen Ländern ist Deutschland das Land das, neben Italien, Großbritannien und den Nieder-

Asylanträge allein im Jahr 2014 dazu gekommen.

Aufnahmeländer weltweit



Allein 2013 kamen 10,7 Millionen Menschen dazu. Hinzu kommt, dass 50% der Flüchtlinge Kinder sind. Mehr als die Hälfte der Fliehenden kommen dabei aus Afghanistan (2,56 Millionen), Syrien (2,47 Millionen) und Somalia (1,12 Millionen).

Ca. 1.786.500 Betroffene landeten in Europa an. Davon wurden 187.600 Flüchtlinge in Deutschland aufgenommen und weitere 135.581 suchen Asyl.

landen, 2013 am wenigsten Flüchtlinge aufnahm.

2014 stellten mindestens 200.000 Flüchtlinge einen Erstantrag auf Asyl in Deutschland. Dabei werden ca. 30% der gestellten Anträge positiv entschieden, Anträge aus Syrien sogar vorrangig bearbeitet (ca. 24.000 Erstanträge). 33.000 Asylbewerber leben derzeit in Bayern. Davon sind ca. 30.000 neue

In Nürnberg leben zurzeit 1.570 Flüchtlinge. Allerdings haben wir nur Kapazitäten für ungefähr 1.150 Flüchtlinge. Aus hauptsächlich diesem Grund, können wir Menschen beobachten die zum Beispiel im Industriegebiet der Frankenstraße in Zelten hausen, ohne medizinische Grundversorgung und ausreichend Lebensmittel. (Datenquelle: www.unhcr.org/statistics) ■

Sie kamen völlig überraschend!

Oder doch nicht?

■ Für die Bayerische Staatsregierung war es absehbar, dass die Zahlen der Flüchtlinge steigen werden. Selbst das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat seine Prognosen ständig nach oben korrigiert. Schon im Jahre 2011 wurde vom Einrichtungsleiter der Zentralen Aufnahmeeinrichtung (ZAE) in Zirndorf eine Entlastung gefordert. Und auch seitens der SPD gab es wiederholte Anträge zur Errichtung einer neuen Aufnahmestelle. Doch diese Entlastung wurde von der Landesregierung immer wieder mit den Worten „wird schon reichen, wir stellen noch Container auf und schicken viele wieder nach Haus“ abgelehnt und Notlösungen wie die Zeltunterkünfte als eine Dauerlösung akzeptiert.

Das widerspricht allerdings der so genannten „Genfer Flüchtlingskonvention“. Diese besagt, dass Deutschland – und somit auch das Land Bayern – dazu verpflichtet ist Menschen, die sich auf der Flucht befinden, aufzunehmen: Daraufhin wurde 1993 das Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) eingeführt, welches mit dem § 3 Abs. 1 in Verbindung mit dem § 60 Abs. 1 des AufenthG besagt, dass ein Flüchtling ein Recht auf Asyl hat wenn, aufgrund seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, Zugehörigkeit zu sozialer Gruppe oder der politischen Überzeugung, sein Leben bedroht oder er in seiner Freiheit eingeschränkt ist.

Dabei muss der Verfolgte die Merkmale nicht ersichtlich aufweisen, es reicht aus wenn ihm die Merkmale durch den Verfolger zugeschrieben werden. Verfolgung bedeutet dabei Einzelhandlungen die in ihrer Schwere / Wiederholung eine Verletzung der Menschenwürde darstellen (z.B. Folter, unmenschliche / erniedrigende Strafen, usw.). Maßnahmen, die im

Einzelnen noch keine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung darstellen, aber in der Summe ähnlich gravierend sind (z.B. physische/psychische/sexuelle Gewalt, unverhältnismäßige/diskriminierende Strafverfolgung/Bestrafung). Und Handlungen, die an Geschlechtzugehörigkeit anknüpfen, oder sich gegen Kinder richten.

Die CSU jedoch möchte Grenzkontrollen einführen um die „Asylbewerberflut“ zu stoppen. Mit Werbesprüchen wie „Wer betrügt fliegt“ heizen sie die Bevölkerung auf, dieses Vorhaben zu



unterstützen. Es ist nicht bekannt ob ihnen dabei bewusst ist, dass sie dabei gegen EU Voraussetzungen zum Thema Grenzkontrollen verstoßen. Diese dürfen nämlich nur eingesetzt werden, wenn die nationale Sicherheit und Ordnung ernsthaft bedroht ist. Die Kontrollen gingen jedoch auch unter dieser Voraussetzungen nur maximal sechs Monate lang. Zweitens, wenn das Funktionieren des Schengenraumes wegen gravierender Vorkommnisse an den Außengrenzen insgesamt gefährdet ist. Dies müsste jedoch die EU Kommission vorschlagen, der europäische Rat beschließen und ginge ebenfalls höchstens sechs Monate. Außerdem wurde, um explizit ein Asylmissbrauch zu verhindern, das Abkommen „Dublin II“ beschlossen.

Das erklärt im Wesentlichen, dass es für jeden schutzsuchenden Menschen einen Mitgliedsstaat gibt, der eindeutig zuständig ist: „No refugee in Orbit“ Laut Dublin II ist der Staat zuständig, der die Einreise veranlasst oder nicht verhindert hat. Stellt ein Asylsuchender einen Antrag in einem anderen Mitgliedsstaat, so wird er an den zuständigen Staat rücküberstellt (Ausnahmen sind humanitäre Gründe. Reisen zum Beispiel Familienmitglieder in verschiedene Staaten ein, so versucht man sie wieder in einem Staat zusammen zu führen)

Das Problem liegt also nicht bei den Flüchtlingen, die überfordert und aus Angst das tun was man ihnen sagt, sondern bei den Mitgliedsstaaten, wie z.B. Italien, die sich nicht an die Abkommen halten. Weiter gibt es den 1992/1993 abgeschlossenen Asylkompromiss, eine Richtlinie der EU, mit dem Ziel vergleichbare Bedingungen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten und ein Mindestmaß an Schutz vor

Verfolgung zu gewährleisten. In der Richtlinie 2003/9/EG sind Bestimmungen zur Unterbringung, medizinischen Versorgung, Arbeitsmarktzugang und der Bildung vermerkt.

Die heutige Situation jedoch sieht ganz anders aus. Die CSU hat die Abschaffung der Essenspakete veranlasst und die Bedingungen, in denen die Flüchtlinge hausen sind alles andere als humanitär. Menschen übernachten auf den Straßen, es gibt keinerlei Medizinische Versorgung (was Krankheitsausbrüche und somit Sperrungen von ZAE's nach sich zieht) und keine psychische Betreuung. Anträge seitens der SPD zu diesen Punkten wurden ebenfalls konsequent ignoriert. ■

Die Flüchtlinge sind dankbar für die Unterstützung

Interview mit Martina Sommer, AWO

■ Wie sieht denn die Situation aktuell in Nürnberg aus? Dazu hat der dsp Martina Sommer interviewt. Sie ist Referatsleiterin des Referats Migration und Integration der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Kreisverband Nürnberg e.V.

dsp: Welche Projekte, Maßnahmen leistet die AWO zur Verbesserung der Situation?

Frau Sommer: Die AWO leistet Beratung in zwei Gemeinschaftsunterkünften der Stadt Nürnberg (Am Stadtpark und Am Hafen) sowie Beratung von Flüchtlingen die in kleineren Wohnungen untergebracht sind. Diese können in das AWO Beratungszentrum im Feuerweg 21 kommen.

Weiter gibt es diverse Angebote des Club 402 (neben dem Gelände der



Martina Sommer

staatlichen Gemeinschaftsunterkunft in der Regensburgerstraße). Zum Beispiel Beratung, Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche und einen offenen Treff.

Außerdem unterstützt die AWO die Ehrenamtlichen die sich sowohl Am Hafen, als auch im Stadtpark engagieren. Hier insbesondere Zusammenarbeit mit dem

Bürgerverein Nord und dem Bürgerverein Eibach/Maiach. Das beinhaltet die Organisation von z.B. Deutschkursen oder die Vermittlung in bestehende Deutschkurse, sowie die Vermittlung in Angebote des Stadtteils, wie z.B. Kultur (Nacht der Kirchen in Eibach, Einladung zum Opferfestessen der türkischen Gemeinde)

dsp: Würden Sie behaupten, dass die Unterkünfte in Nürnberg der EU Richtlinie entsprechen? Warum?

Frau Sommer: Nicht EU-Richtlinie, sondern es gibt eine Bayerische Richtlinie zur Unterbringung von Flüchtlingen Die Stadt Nürnberg versucht mit den kleinen Einheiten der Unterbringung, eine möglichst gute Atmosphäre zu schaffen, um den Bedürfnissen von Familien oder auch Kranken gerecht zu werden. Sobald auffällt, dass Dinge fehlen (z.B. Vorhänge, Kühl-schränke, Kinderbetten) wird umgehend nachgerüstet. Trotz der hohen Zugangszahlen wird alles getan, um die Standards der Unterbringung einzuhalten. Das Sozialamt ist da spitze! Es gibt in den städtischen GU's keine Essenspakete, sondern Sozialeistungen. Dies ist ein Unterschied zu den staatlichen GU's, dort laufen noch Verträge bis Ende des Jahres und die Flüchtlinge bekommen z.T. noch Essenspakete.

dsp: Was ist das Projekt „Move in“?

Frau Sommer: „Move in“ ist ein Projekt für Auszugsberechtigte. Konkret hat es folgende Schwerpunkte: Die Wohnungssuchenden werden im Rahmen einer individuellen und bedarfsgerechten Beratung sowohl auf die Wohnungssuche als auch auf die spätere Rolle als MieterInnen vorbereitet. Nach Ermitt-

lung der persönlichen Bedarfslage und spezifischer Vermittlungshemmnisse werden gemeinsam Lösungsstrategien erarbeitet. Kenntnisse und Fähigkeiten zur selbstständigen Wohnungssuche und zum dauerhaften Erhalt einer Wohnung werden im Rahmen von Einzelcoachings vermittelt.

dsp: Was ist das Projekt „YANA“?

Frau Sommer: YANA richtet sich an Flüchtlinge (FL) und Ehrenamtliche (EA) in Nürnberg und Umgebung. Das Projekt hat drei Schwerpunkte: Zum ersten Qualifizierung.

Das bedeutet die gesellschaftliche Teilhabe von FL wird durch sprachliche Qualifizierung, sozialer u. (inter-) kultureller Orientierung, Beratung sowie Maßnahmen wie z.B. Deutschkurse, Computerkurse gefördert. Außerdem existieren Vermittlungen in Praktika und zu weiteren Bildungseinrichtungen, Unterstützung bei der Arbeitssuche, Bewerbungen und Zeugnisanerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse.

Weiterer Schwerpunkt: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Die jungen Flüchtlinge erhalten Hilfe im Alltag, Unterstützung beim Erlangen von sozialer und interkultureller Kompetenz. Ziele sind hier die Festigung der Persönlichkeit, die Überwindung von Krisen, Bildung und berufliche Orientierung und die Entwicklung von Perspektiven. Die Jugendlichen werden zu den o.g. Themen beraten. Zudem bietet die AWO Freizeitaktivitäten und Qualifizierungen wie z.B. Deutschkurse an.

Und zum dritten das Ehrenamt. Ziel ist hier, Ehrenamtliche zur Unterstützung von Flüchtlingen zu gewinnen, sie zu begleiten und zu qualifizieren. Gemeinsam mit den Ehrenamtlichen werden Einsatzfeldern verifiziert und die benötigte Infrastruktur wie z.B. Räume, Telefon, Internet bereitgestellt.

dsp: Wie wirken die Flüchtlinge auf Sie? Sind sie verärgert, enttäuscht?

Frau Sommer: Fast alle Flüchtlinge sind sehr gefasst, ruhig und dankbar für die Unterstützung, die sie durch die AWO erhalten. Falls es Probleme/Fragen gibt, nehmen sie das Beratungsangebot wahr. Bei Bewohnerversammlungen werden Anliegen sachlich vorgebracht. Aber es gibt Einzelfälle, die z.B. aufgrund von Krankheit, sehr dramatisch sind.

dsp: Wie reagieren die BürgerInnen auf die Situation?

Frau Sommer: Überwiegend positiv. Der Wille zu unterstützen ist groß. Die Einstellung gegenüber Flüchtlingen ist durch Akzeptanz und Hilfsbereitschaft geprägt. Befürchtete Aktionen von Na-

zis hat es zum Glück noch nicht gegeben. Wir sind hier aber wachsam und werden dabei von den Vereinen, Organisationen und Parteien unterstützt. Das öffentliche Interesse ist groß und schützt die Asylsuchenden.

Mit unmittelbaren Nachbarn kann es schon mal Probleme wegen spielender Kinder, Essengerüche o.a. geben. Dies ist jedoch m.E. völlig im Rahmen und kann uns mit unseren Nachbarn auch passieren.

dsp: Was fordern sie von der Politik?

Frau Sommer: Es sollten nicht mehr genutzte öffentliche Einrichtungen wie Kasernen oder Schulen in angemessenen Wohnraum für Flüchtlinge umgewandelt werden, um die Aufnahmekapa-

azität für Asylsuchende zu erhöhen. Außerdem sollten die Kommunen bei der Unterbringung der Asylsuchenden durch finanzielle Mittel und Kooperation der Verwaltung unterstützt werden.

Weiter muss eine dauerhafte Gewährleistung von sozialer, psychologischer und ärztlicher Betreuung der Flüchtlinge in den Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften gegeben sein, d.h. hier müssen ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Zudem muss eine staatliche Förderung zur Schaffung von angemessenem Wohnraum mit familientauglichen Einheiten sowie geeigneten Räumen für allein stehende Flüchtlinge eingerichtet werden. ■

„Ich werde zuhause als Terrorist bezeichnet, weil ich demonstriert habe“

Auch die Betroffenen kommen im dsp zu Wort

■ Alazar ist ein 26 Jähriger Flüchtling aus Äthiopien, der zur Zeit in Nürnberg lebt. Der dsp hat ihm ein paar Fragen zu seinem Weg und Leben hier in Deutschland gestellt.

dsp: Wie lange lebst du nun schon in Deutschland?

Alazar: Mittlerweile bin ich seit einem Jahr hier.

dsp: Warum bist du aus deinem Heimatland geflohen?

Alazar: Unsere Parteien in Äthiopien kann man mit der Mafia vergleichen. Sie denken nicht human und sind korrupt. Es gibt bei uns keine Humanität und auch keine Demokratie. Die Parteien hetzen die Bevölkerung gegeneinander auf, bis sie sich gegenseitig umbringen. Auch mit einer guten Ausbildung findet man keinen Job. Und wenn man dagegen demonstriert oder bessere Lebensbedingungen fordert wird man von Söldnern, die vom Staat angeheuert wurden, festgenommen und ins Gefängnis gesperrt.

Ich selbst war insgesamt 2 Monate im Gefängnis und werde von meinem eigenen Land als Terrorist bezeichnet, da ich für bessere Bedingungen demonstriert habe.

dsp: Wie bist du nach Deutschland gekommen?

Alazar: Eigentlich total zufällig. Ich wollte nur noch weg von zu Hause und irgendwann war ich dann hier.

dsp: Fühlst du dich hier in Deutschland und vor allem in Nürnberg willkommen?

Alazar: Ja auf jeden Fall. Deutschland und Nürnberg sind friedlich und ich fühle mich hier sehr wohl.

dsp: Und wie fühlst du dich integriert?

Alazar: Das könnte etwas besser sein. Man muss sehr lange warten, bis man arbeiten oder etwas lernen darf. Manchmal langweile ich mich, weil nicht wirklich weiß was ich tun soll, dabei würde

ich mich gerne etwas nützlich machen oder etwas lernen.

dsp: Was wünschst Du dir von unserer Politik?

Alazar: Ich würde mir wünschen, dass sie die Lage in Äthiopien versteht. Das Bundesamt sagt immer, dass Armut der einzige Grund sei warum Menschen aus Äthiopien hierher fliehen. Aber das ist nicht wahr. Der Grund ist die Politik dort. Es ist gefährlich etwas zu sagen und man muss sogar Angst um sein Leben haben. Und ich würde mir wünschen arbeiten oder studieren zu dürfen.

dsp: Würdest du, wenn die Lage in Äthiopien sich beruhigen würde, wieder zurückkehren?

Alazar: Die Situation in Äthiopien ist nun seit 23 Jahren so wie sie ist und sie wird sich auch nicht ändern, da immer dieselbe Partei an der Macht bleiben wird. Deswegen weiß ich wirklich nicht was ich tun würde, da man sich nicht sicher sein kann was passiert. ■

Wie wird es in Zukunft weitergehen?

Langfristige Herausforderungen für den Freistaat

■ Die Krisen in den betroffenen Ländern werden nicht von heute auf morgen aufhören und auch die Menschen die aus diesen Ländern fliehen, werden nicht von heute auf morgen nicht mehr da sein.

In Nürnberg hat das Klinikum auf freiwilliger Basis einen Notdienst eingerichtet und es werden Aufrufe in sozialen Netzwerken für Sachspenden gestartet. Ehrenamtliche besuchen die Unterkünfte vor Ort und helfen bei der Suche nach einem Schul-, Ausbildungs-, oder Arbeitsplatz. Hier gibt es ebenfalls erste Konzepte in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit, die es ermöglichen einen Arbeitssuchenden Asylbewerber (sobald die drei Monate Wartefrist um sind) schnellstmöglich in einen angemessenen Beruf unter zu bringen.

Auf Initiative der SPD beschloss der Stadtrat im vergangenen Monat ein Sonderpaket zur besseren Koordinierung. Dieses einmalige 250.000 € schwere Paket dient dazu Information und Kommunikation für die Bürgerinnen und Bürger zu organisieren und zu verbessern, die ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Hilfen zu koordinieren, Flexible Lösungen bei eventuellen, akuten Personalengpässen zu gewährleisten und die Wohnungsvermittlung für Auszuberechtigten dar zu bieten. Es soll auch Hilfestellungen bei der Entwicklung von Hilfsangeboten (Orientierungshilfen, Deutschkurse, Hausaufgabenhilfen, Kontakte im Stadtteil, gezielte und geplante Spendenakquise u.v.m.) geben.

Außerdem soll eine „Hotline“ für Bürgerfragen eingerichtet werden und an Konzepten gearbeitet werden, die zur

Integration von Kindern in vorhandene Gruppen (Sportvereine, Jugendhäuser, Jugendverbände sowie in Kindergärten, Schulen und Horte) dienen. 120.000 € wurden dabei aus Stiftungsmitteln bereitgestellt. Weitere 100.000 € stellt der Geschäftsbereich Referat für Jugend, Familie und soziales zur Verfügung und die Noris Arbeit (NOA) beteiligt sich im Rahmen der Beschäftigungsangebote für drei Monate an den Kosten.

Bürgermeister Maly fordert außerdem einheitliche Standards für den Umgang mit Flüchtlingen. Das bedeutet, dass



Foto: Dieter Schütz / pixelio.de

geregelt sein muss, wie viel m² Platz ein Flüchtling bekommt, wie viele Sozialarbeiter mindestens eingesetzt werden müssen und das sanitäre Anlagen nicht die Kommunen sondern die Länder bereitstellen müssen, damit die „Self Camps“ wenigstens einen humanitären Mindeststandard erfüllen. Weiter fordert Maly eine Vorgabe wie viel Sicherheitspersonal vorhanden sein muss. Denn das vorhandene sorgt zwar für ein Mindestmaß an Sicherheit, dennoch ist mehr erforderlich. Es ist zwar unmöglich, dass die Sicherheit ausschließlich von der Polizei übernommen wird, dennoch müssen Standards her, die private Sicherheits-

firmen bestimmte Auflagen auferlegen und die von der Landespolizei regelmäßig kontrolliert werden, damit sich die jüngsten Ereignisse nicht wiederholen.

Auf dem Asylgipfel in München wurden ebenfalls erste Ergebnisse erzielt: So gibt es nun eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels für die Asylsozialberatung in Erstaufnahme Einrichtungen. Weiter sollen flächendeckend Erstaufnahme Stationen gebaut, eine schnellere Beschulung der Kinder und Jugendlichen gewährleistet und für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, in Zuständigkeit der Jugendhilfe, ein Bayernweites Verfahren konzipiert werden.

Dennoch muss der Freistaat Bayern mehr Aufnahmeplätze schaffen, die Sozialbetreuung verbessern, eine gesundheitliche Mindestanforderung (vor allem auch psychisch) sicherstellen und die Kommunen entlasten, hauptsächlich finanziell. Auch eine personelle Entlastung ist unabdingbar. Die Verwaltungsstellen und Ausländerbehörden müssen wieder mit mehr Personal

ausgestattet werden, um die Mengen an Asylanträgen, vor allem schnell, bewältigen zu können. Bei einem Kapazitätenmangel ist es äußerst schwierig Anträge schnell zu bearbeiten. Die aktuelle Durchschnittsbearbeitungszeit liegt momentan nämlich bei ca. 7 Monaten. Weit über den von dem Koalitionsvertrag geforderten 3 Monaten.

Eine Politik, in der verleugnet, ignoriert und Verantwortung abgegeben wird, sollte nicht länger Standard in Bayern sein, sondern eine Politik die aufnimmt, integriert und humanitäre Erste Hilfe leistet. ■

„Blütentüte“ soll Nürnbergs Baumscheiben bunt erblühen lassen

VON CHRISTIAN VOGEL

■ Mit einer kleinen blumigen „Bestechung“ will SÖR mehr Nürnberger dazu animieren, sich um die Baumscheiben in der Stadt zu kümmern.

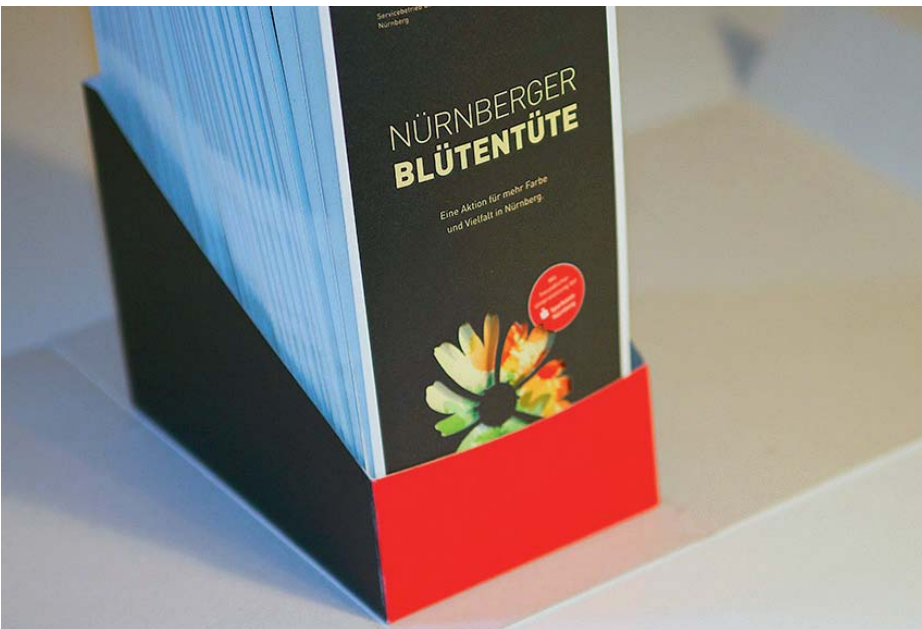
An die Schaufeln, fertig los! Unter diesem Motto startete SÖR im vergangen

„der Baum ist schon da, jetzt geht es um das drum herum“. Wir haben deshalb ein besonderes „Nürnberger Pflanzen-Samentütchen“ aus hochwertiger und heimischer Erzeugung mischen lassen. Dieser Samen ist besonders für Baumscheiben, die dem Straßenverkehr ausgesetzt sind, geeignet. Wir wollen mit diesem Pflanzen-Samentütchen möglichst

unterschätzender Beitrag, um sich in der Stadt wohl zu fühlen und um in Kontakt mit der Natur zu kommen – direkt vor der Haustüre!

Genau deshalb wollen wir auch weiterhin für mehr Baumpatenschaften in der Stadt werben. Wir wollen uns aber gleichzeitig, gemeinsam mit einer möglichst breiten Bürgerschaft, für eine Begrünung der Baumscheiben einsetzen. Dieses Samentütchen kann der erste Schritt dazu sein.

Es gibt noch viele weitere Möglichkeiten, die Nürnberg „bunter“ werden lassen können, mit wenig Aufwand für den Einzelnen kann es ein schöner Erfolg für die Allgemeinheit werden: Ältere Bürger, die nicht mehr fit genug sind, um selbst Hand anzulegen, sind bei der Aktion nicht außen vor: Auch sie können eine Baumpatenschaft übernehmen und das Pflanzen und Pflegen einfach gegen einen kleinen Obolus der „Noris Inklusion“ übertragen.



Monat eine Initiative für eine öffentliche Pflanzaktion für mehr Grün in der Stadt – für ein blühendes Nürnberg. Ab sofort bekommen alle Besucherinnen und Besucher der Bürgerversammlungen im Nürnberger Stadtgebiet vom Bürgermeister einen Flyer mit einer Blütentüte überreicht. Die erste Bürgerversammlung in der neuen Amtszeit des Stadtrates am Dutzendteich/Hasenbuck machte den Auftakt, weitere rund 20 Versammlungen werden in den nächsten zwei Jahren folgen.

Neben einer gezielten Vermehrung der Straßenbäume in den letzten Jahren wollen wir uns nun gemeinsam mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch mit Firmen, Schulen und Kindergärten in den Stadtteilen für eine weitere Verschönerung der bestehenden Baumscheiben einsetzen – unter dem Motto



viele motivieren, sich für „mehr Grün“ vor ihrer Haustüre einzusetzen.

Eine bepflanzte Baumscheibe als „Straßengärtchen“ belebt zum einen das Stadtbild, zum anderen erhöht es die Lebensqualität der Menschen – ein nicht zu

Wir wollen mit dieser Aktion zum einen zu mehr Grün in der Stadt beitragen, zum anderen wollen wir aber auch die Bürger/innen sensibilisieren, dass die Baumscheiben weder Abfallbehälter sind, noch eine Abstellfläche für das Fahrrad oder gar für das Auto. ■

Termine

03.11.2014 - 19:30 Uhr

SPD Hasenbuck:
Rote Runde
Gasthof Süd,
Ingolstädter Straße 51

04.11.2014 - 19:30 Uhr

SPD-Laufamholz:
Mitgliedertreffen
SVL-Sportheim,
Schupfer Str. 81

04.11.2014 - 19:30 Uhr

SPD-Ziegelstein:
Ortsvereinsitzung
Gaststätte TUSPO,
Hernhüttestraße 75

04.11.2014 - 20:00 Uhr

SPD-Großgründlach:
Mitgliederversammlung
SFG-Sportheim,
Würzburger Straße 61

05.11.2014 - 19:00 Uhr

Arbeitsgemeinschaft für
Bildung: Sitzung
Karl-Bröger-Straße 9

10.11.2014 - 18:30 Uhr

SPD Lichtenhof:
Ortsvereinstreffen
mit Ronald Höfler (Werkleiter
SÖR), Haus f. Kinder der
AWO (Nürbanum, Allersbergerstr.
185/Gebäudeteil C1)

10.11.2014 - 19:00 Uhr

SPD Gebersdorf/Großreuth:
Aktiventreff
Gasthof Mouzaki, Alte Wal-
lensteinstraße 158

10.11.2014 - 19:30 Uhr

SPD Rangierbahnhof:
Aktivensitzung
BLW Vereinslokal Futterhütte,
Richard-Benzinger-Weg 33a

Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf

VON MARTIN BURKERT

■ In Deutschland sind rund 2,63 Millionen Menschen pflegebedürftig. Rund 1,85 Millionen werden ambulant versorgt, rund 1,23 Millionen ausschließlich durch Angehörige. Viele Menschen sind betroffen, viele Familien geraten – nach oder neben der Kindererziehung – unter Druck. Und da jede Pflegesituation indivi-



duell ist, sind flexible Instrumente nötig. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf heißt auch Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

Mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz hat der Bundestag am 17. Oktober 2014 zahlreiche Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige und Angehörige beschlossen. Damit wird das Ziel des Koalitionsvertrags umgesetzt, Zeit für Pflege zu schaffen und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege zu gewährleisten.

Martin Burkert, MdB, erklärt: „Mit der Zustimmung zum Pflegestärkungsgesetz hat das Parlament heute wichtige und dringend notwendige Verbesserungen eingeleitet. Mit diesem Gesetz lösen wir den Reformstau in der Pflege endlich auf. In zwei Stufen werden wir insgesamt fünf Milliarden Euro zugunsten der Pflegebedürftigen und Angehörigen investieren. Damit setzt die SPD auch ein zentrales Wahlversprechen um.“

Mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz fließen 1,4 Milliarden Euro in die häusliche Pfl-

ge. Eine Milliarde Euro stehen zusätzlich für Verbesserungen in Pflegeheimen zur Verfügung. Zu den Verbesserungen gehören unter anderem höhere Zuschüsse für Umbaumaßnahmen und Pflegehilfsmittel. Die Zahl der Betreuungskräfte in stationären Pflegeheimen soll deutlich ausgebaut werden.

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wird ein Pflegeunterstützungsgeld als Lohnersatzleistung für die kurzzeitige Arbeitsverhinderung eingeführt. Die Möglichkeiten des Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetzes werden unter einem Dach als Rechtsanspruch zusammengeführt und weiterentwickelt.

Die Maßnahmen des Gesetzes auf einen Blick:

- Lohnersatzleistung bei einer 10-tägigen Arbeitsverhinderung im Akutfall
- Rechtsanspruch auf ein zinsloses Darlehen bei der Pflegezeit von bis zu sechs Monaten
- Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit und auf ein zinsloses Darlehen
- Erweiterung des „nahen“ Angehörigenkreises
- Möglichkeit, auch pflegebedürftige Kinder in einer Einrichtung zu betreuen
- Möglichkeit, Angehörige in ihrer letzten Lebensphase zu begleiten.

MdB Martin Burkert bekräftigt: „Angehörige zu pflegen, ist eine große Aufgabe. Familie bewährt sich in dieser Situation millionenfach. Diese Stärke, diesen Zusammenhalt der Familien in Deutschland brauchen wir bei einer steigenden Anzahl pflegebedürftiger Menschen mehr denn je. Der Gesetzentwurf zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf gibt Familien Zeit für Pflege und unserer Gesellschaft Kraft für die Bewältigung des demografischen Wandels.“ ■

Terminvorankündigung:

Am 12. Jan. 2015 um 18 Uhr kommt
**Bundesaußenminister
Dr. Frank-Walter Steinmeier**

nach Nürnberg ins Karl-Bröger-Zentrum
und referiert über ein Jahr große Koalition.

Integrationspolitische SprecherInnen der SPD-Fraktionen zu Gast im Maximilianeum

VON ARIF TASDELEN

■ Im Namen der Landtagsfraktion war ich Gastgeber der diesjährigen Konferenz der integrationspolitischen SprecherInnen vom 18. bis 19. September 2014. Die Konferenz hatte zum Ziel, aktuelle Herausforderungen der Integrationspolitik zu diskutieren, Erfahrungen länderübergreifend auszutauschen und sich auf eine gemeinsam abgestimmte Integrationspolitik zu verständigen. Im Mittelpunkt standen



Aydan Özoguz und Arif Tasdelen

zukunftsorientierte Integrations- und Teilhabepolitik sowie eine menschenwürdige Flüchtlings- und Asylpolitik.

Zum Abschluss der Konferenz einigten sich die TeilnehmerInnen auf Initiative des Gastgebers auf eine „Münchener Erklärung für erfolgreiche Integrations- und Teilhabepolitik“:

■ Die SPD steht ein für eine gerechte und weltoffene Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die unterschiedliche Lebensentwürfe als Bereicherung für die Gesamtgesellschaft erkennt und die Rassismus und Rechtsextremismus sowie jeglicher Art von politischem oder religiösem Extremismus keinen Raum gibt.

■ Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in unserer Gesellschaft am kulturellen, politischen und

ökonomischen Leben ermöglichen – unabhängig von Religions- oder Glaubenszugehörigkeit oder Herkunft. Als konkrete Maßnahme für mehr Partizipation bekräftigen wir noch einmal die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -bürger, die bereits länger in Deutschland leben.

■ Wir verstehen gleiche Bildungschancen, gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt sowie die interkulturelle Öffnung des Öffentlichen Dienstes als Schlüssel zur erfolgreichen Integration. Wir fordern die konsequente Umsetzung der Bundesgesetze zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen im Landesrecht.

■ Wir begrüßen die auf Drängen der SPD durchgesetzte weitgehende Abkehr von der Optionspflicht, damit junge Menschen sich als Teil unseres Landes verste-

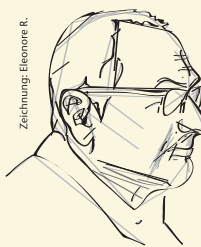
hen und wir setzen uns darüber hinaus weiterhin für die generelle Akzeptanz von Mehrstaatlichkeit ein.

■ Wir fordern eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik ein. Dazu ist insbesondere eine stärkere Unterstützung der Kommunen durch Bund und Länder bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden – sowohl in finanzieller Hinsicht, wie auch in Bezug auf die frühzeitige Information über Flüchtlingszahlen – erforderlich. Wir fordern eine sofortige Verbesserung der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen, zum Beispiel in Form von elektronischen Krankenkarten für alle Flüchtlinge und begrüßen die im Bundesrat beschlossenen Verbesserungen hinsichtlich des Zugangs zum Arbeitsmarkt sowie der Bewegungsfreiheit für Asylsuchende. ■

Die Kolumne

VON PETER SCHMITT

Der Herbst hat gut angefangen und uns beispielsweise einen Goldenen Oktober beschert; bis zum Stichtag dieser Kolumne wenigstens. Noch erfreulicher freilich



ist die Tatsache, dass bislang doch keine deutschen Waffen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion an der Grenze zu Russland operieren.

Ob nun bemannt oder als ferngelenkte Drohnen, derartige Friedensmissionen, zu wessen vorgebllichem Schutz auch immer, genau dort, wo 1941 das ganz grosse Morden begonnen hatte, sollten sich für eine Bundesregierung mit SPD-Beteiligung von selbst verbieten. Hoffen wir mal, dass sich diese Erkenntnis in Berlin durchsetzt.

Aus Nürnberg dagegen gibt es schönere Botschaft. So scheint SÖR beim Kampf gegen die illegalen Mülldeponien rund um den Aufsessplatz und die ebenfalls dort saisonal anzutreffenden Brenneselplantagen zunehmend auf die Siegerstrasse zu geraten. Schlimm nur, dass sich mittlerweile ganz ungeniert salafitische Zellen ausgerechnet diese Gegend der Stadt für ihre Treffen ausgesucht haben. Diesen Müll wegzuräumen dürfte schwerer werden. Nicht unbedingt eine rein städtische Aufgabe.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Rüdiger Löster

Redaktion: Christian Vogel, Dr. Christian

Pröbiuß, dsp@spd-nuernberg.de

Redaktionsanschrift:

der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,
90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 4389650

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



Termine

11.11.2014 - 15:00 Uhr
SPD Gartenstadt präsentiert
das Charkow-Orchester
Gaststätte Gesellschafts-
haus Gartenstadt, Buchen-
schlag 1

11.11.2014 - 19:30 Uhr
SPD Nordostbahnhof:
Ortsvereinstreffen
SIGENA – Plauenerstr.13

11.11.2014 - 19:30 Uhr
SPD Gostenhof:
Ortsvereinstreff
Nachbarschaftshaus Go-
stenhof, Adam-Klein-Str. 6

11.11.2014 - 19:30 Uhr
SPD-Fischbach:
Mitgliedertreff
Gaststätte TSV Altenfurt –
UG, Wohlaer Str. 16

11.11.2014 - 19:30 Uhr
SPD Eibach-Röthenbach:
Ortsvereinsitzung
Kulturladen Röthenbach,
Röthenbacher Hauptstr. 74

12.11.2014 - 19:30 Uhr
SPD Steinbühl:
Ortsvereinstreffen
Bräustüberl zum Schrödl-
Wirt, Endterstraße 13

14.11.2014 - 19:00 Uhr
SPD Großgründlach:
Gansessen
im Landgasthof Höfler
in Reutles

18.11.2014 - 18:00 Uhr
SPD Johannis:
Aktiventreffen

Nürnberg ehrt Beckstein, Schmidt und Schnell mit der Ehrenbürgerwürde

Die Stadt Nürnberg ernannte erstmals seit 17 Jahren wieder neue Ehrenbürger.

VON CHRISTIAN VOGEL

■ Seit 1819 hat Nürnberg 47 Ehrenbürger. Seit 17 Jahren gab es keine Verleihung dieser höchsten Auszeichnung der Stadt mehr. Im Oktober war es nun wieder soweit. In einer Feierstunde der besonderen Art wurde Mi-



Im Bild (vlnr.): Dr. Günther Beckstein, Renate Schmidt, Bruno Schnell und Dr. Uli Maly

nisterpräsident a. D. Günther Beckstein, die ehemalige Bundesfamilienministerin Renate Schmidt und der Verleger Bruno Schnell geehrt und in den Reigen der neuen Ehrenbürger Nummer 48 bis 50 aufgenommen.

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly sprach von einem besonderen Tag für die Stadt, einem Tag, an dem drei besondere und verdienstvolle Bürger/innen unserer Heimatstadt Nürnberg eine mehr als verdiente Auszeichnung und Ehrung bekamen.

Günther Beckstein „als Anwalt Frankens und der Region“

Der 70 Jahre alte Günther Beckstein ist zwar in Hersbruck geboren, zog aber mit seiner Familie im Alter von elf Jahren nach Nürnberg. Die Ehrenbürgerwürde für ihn begründet der Stadtrat damit, dass er sich in seinen zahlreichen Funktionen stets „als Anwalt Frankens und der Region“ verstanden habe. Wann immer es um den Ausbau der Infrastruktur Nürnbergs gegangen sei, habe sich Beckstein „mit seinem gewichtigen Wort für die Interes-

sen Nürnbergs“ eingesetzt. Weit über Stadt und Region hinaus sei Beckstein bis heute ein überzeugter Botschafter Nürnbergs.

Renate Schmidt: stets für Heimatstadt eingesetzt

Die ebenfalls 70jährige Renate Schmidt hat sich nach Ansicht des Stadtrats in ihren vielen politischen Ämtern und Ehrenämtern stets für ihre Heimatstadt Nürnberg eingesetzt. So habe Renate Schmidt etwa wertvolle Impulse für das Bündnis für Familien und das Bündnis gegen Depression gegeben, das Kulturforum Franken gegründet und in Bund und Land erfolgreich mit um die Anerkennung der NS-Bauten auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände als nationales Erbe geworben. Besonders hebt der Stadtrat ihre Verdienste als Familienministerin hervor. Schmidts nachhaltige Familienpolitik habe auch in Nürnberg Wirkung gezeigt.

Bruno Schnell: wertvoller Beitrag für die publizistische Vielfalt

Der 85jährige Bruno Schnell ist Herausgeber der Nürnberger Nachrichten und Verleger der Unternehmensgruppe Nürnberger Presse. Mit seinem partnerschaftlichen Kooperationsmodell, bei dem kleinere Verlage aus dem Umland ihre Selbstständigkeit behalten können, habe er einen wertvollen Beitrag für die publizistische Vielfalt in der ganzen Region geleistet. Besonders hebt der Stadtrat aber auch Schnells geschichtliches, menschenrechtliches und künstlerisches Engagement hervor. So habe er etwa mit einer großzügigen Spende einen entscheidenden Beitrag zur Realisierung des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände geleistet, stiftete das Preisgeld für den Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreis und fördere junge bildende Künstler durch die jährliche Verleihung des „Kunstpreises der Nürnberger Nachrichten“.

Die Nürnberger SPD gratuliert allen drei neuen Ehrenbürgern sehr herzlich! ■

Jahreshauptversammlung bei den Jusos – Umbruch in der Führungsriege

■ Unter dem Motto „Kurs setzen“ trafen wir Jusos uns zu unserer Jahreshauptversammlung am 18.10.2014 im Nachbarschaftshaus in Gostenhof. Neben der Wahl des Vorstands, wurden mehrere Anträge verabschiedet und das Arbeitsprogramm für das kommende Jahr beschlossen. Grußworte



erhielten wir unter anderem von Gabriela Heinrich, MdB und Sebastian Henn, Jugendsekretär des DGB Mittelfranken.

Nach ihrem Einzug in den Stadtrat, haben sich unsere langjährigen Vorstandsmitglieder und Ikonen der linken Politik entschieden, nicht mehr anzutreten. Damit verabschiedeten sich Yasemin Yilmaz nach sechs Jahren aus dem Vorstand und Nasser Ahmed nach vier Jahren aus dem Amt des Vorsitzenden. Die beiden bleiben aber den Jusos treu: „Ich bin und bleibe Juso – und das ist auch gut so!“, so der scheidende Vorsitzende. Sein Nachfolger, Carl Veldman, übernimmt nach drei Jahren als Stellvertreter nun den Posten als

Vorsitzender und konnte sich über die größtmögliche Zustimmung seiner Genossinnen und Genossen freuen. Einstimmig wurde er in sein neues Amt gewählt. Weiterhin im Vorstand bleiben Tasja Prölb und Julian Matschinske. Das Team wird durch die neuen Vorstandsmitglieder Nailya Dzhafarova, Cigdem Taskaya und Fabian Leonhard ergänzt.

Unser neuer Vorsitzender sieht seine Aufgabe vor allem in der inhaltlichen Arbeit des Verbandes. „Nach vielen Monaten des Wahlkampfes auf allen Ebenen, kehren wir nun in eine Phase der inhaltlichen Arbeit zurück“ so Veldman. Das neue Arbeitsprogramm beschäftigt sich mit den Grundwerten der Jusos: Sozialismus, Feminismus und Internationalismus. In drei großangelegten Themenblöcken werden die Leitprinzipien aufgearbeitet. „Wir wollen diese Werte für uns definieren“, so Tasja Prölb, die den Block Feminismus übernimmt.

Ebenfalls auf der Tagesordnung standen viele Anträge, die sich an verschiedenste politischen Ebenen richteten. So sprachen wir Jusos uns beispielsweise nicht nur für eine umgehende Verbesserung bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen aus, sondern auch für einen Mindestlohn ohne Ausnahmen, der bis 2017 auf zwölf Euro pro Stunde

angehoben werden soll.

„Die Aktualität und Reichweite der Anträge beweist wieder, dass die Jusos stets auf dem Laufenden sind und die richtigen Botschaften senden“ so Veldman abschließend.

Zu guter Letzt wollen wir uns hiermit nochmals bei unseren langjährigen und scheidenden Vorstandsmitgliedern, Nasser Ahmed und Yasemin Yilmaz, für die ihre aufopferungsvolle Arbeit in Reihen der Jusos bedanken und gratulieren gleichzeitig unseren neuen Vorstandsmitgliedern zu ihren neu gewonnenen Ämtern und Aufgaben. ■

Termine

18.11.2014 - 19:00 Uhr
SPD Nordbahnhof-Vogelherd: Öff. Veranstaltung „TTIP - Wachstums- und Jobmotor oder Gefahr für Demokratie und Sozialstandards?“ Referent: Prof. Dr. Markus Krajewski, Vischers Kulturladen, Hufelandstr. 4

18.11.2014 - 19:30 Uhr
SPD Siedlungen Süd: öffentliche Veranstaltung „Bauen in Nürnberg“ mit Baureferent Daniel Ulrich
Gaststätte TSV Falkenheim, Germersheimer Str. 86

18.11.2014 - 19:30 Uhr
SPD Leonhard-Schweinau: Mitgliederversammlung
Restaurant Sarajevo, Schwachbacherstr. 53

18.11.2014 - 19:30 Uhr
Asyl- und Migrationspolitik
Veranstaltung mit Gabriela Heinrich (MdB)

18.11.2014 - 20:00 Uhr
SPD Altstadt:
Mitgliederversammlung

20.11.2014 - 17:00 Uhr
AfA Nürnberg: Sitzung
SPD Sitzungszimmer,
Karl-Bröger-Straße 9

20.11.2014 - 18:30 Uhr
SPD Südwest:
Politischer Stammtisch
Sportgasstätte SG Nürnberg
Fürth, Regelsbacher Str. 56

20.11.2014 - 19:00 Uhr
SPD-Gartenstadt:
Aktivensitzung
Gesellschaftshaus Gartenstadt, Buchenschlag 1



INFOPOST
Ein Service der Deutschen Post

ALLEMAGNE Port payé

Termine

21.11.2014 - 19:00 Uhr

SPD Rangierbahnhof:
Infoveranstaltung
„Wohnungsbewirtschaftung durch die Firma Annington“, Referenten: Vertreter der Deutschen Annington und MdB Martin Burkert, Genossenschaftssaalbau, Großer Saal, Matthäus-Herrmann-Platz 2

22.11.2014 - 19:00 Uhr

Rote Kulturnacht
Nürnberg Künstlerhaus K4

26.11.2014 - 19:30 Uhr

SPD Hummelstein:
Aktiventreff
Gast: Amely Weiß, Bezirksrätin und stv. Vorsitzende SPD Mittelfranken. Wirtshaus Galvani, Galvanistr. 10

29.11.2014 - 16:30 Uhr

SPD Gebersdorf-Großreuth:
Jahresschlußtreffen
Gebersdorfer Weihnachtsmarkt, Bürgertreff Gebersdorf, Neumühlweg 2. Bei einem Glas Glühwein oder einer Tasse Kaffee, angelegter Unterhaltung, warten wir gemeinsam auf das Gebersdorfer Christkind.

30.11.2014 - 11:00 Uhr

SPD Gostenhof:
Frühschoppen
offener Stammtisch, Schanzenbräu Schankwirtschaft, Adam-Klein-Str. 27

Anlässlich der Jubilarehrung 2014 durften wir ein ganz besonderes Neumitglied begrüßen



Christian Vogel mit Gertraud und Helmut Stühler

- Unser Genosse Helmut Stühler wurde an diesem Abend für 65 Jahre Treue und Verbundenheit zur SPD geehrt! Gleichzeitig beschloss seine Gattin Gertraud (88) in die SPD einzutreten. Sie sagte: „Es ist jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen.“ Wir freuen uns sehr und sagen: Herzlich willkommen! ■

SAVE THE DATE

22.11.14

ROTE KULTURNACHT | KÜNSTLERHAUS K4 | KÖNIGSTRASSE 93

WWW.ROTEKULTURNACHT.DE

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang Dezember 2014!